

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

(K)Ein Ausbildungszentrum für Rottenburg?

An letzter Stelle der Haushaltsberatungen wurde der gemeinsame Antrag von FAIR/Die Linke aufgerufen: Eine Planungsrate von 120.000 Euro für ein Ausbildungszentrum auf der Ostspitze der DHL-Gewerbebrache. Denn bereits im März 2018 hatte der Gemeinderat ein Innovationszentrum auf diesem Gebiet beschlossen, aber seit fast zwei Jahren hört und liest man nichts mehr davon.

Zwei Hauptgründe sprechen für ein Ausbildungszentrum auf dieser Fläche:

Viele Rottenburger Handwerksbetriebe können sich eine Ausbildung kaum noch leisten und brauchen Unterstützung. Deshalb arbeitet die GIBA (Gesellschaft für Integration, Beschäftigung und Ausbildung) mit rund 25 Handwerksbetrieben zusammen.

Zweitens möchte sich dieses „bundesweite Vorzeigeprojekt“ (Michael Wandrey) erweitern, muss aber in spätestens zwei Jahren seine Räume in Wendelsheim verlassen und sucht dringend einen kernstadtnahen Standort. Dies würde die enge Verknüpfung mit der Rottenburger Berufsschule, die gerade erweitert wird, zum gegenseitigen Nutzen verstärken. Denn viele der

rund 70 Azubis der GIBA besuchen sie.

GIBA ist innovativ

Die GIBA verwirklicht schon das, was die Stadt von innovativen Betrieben erwartet, da sie seit 14 Jahren mit ‚digitalen Tagebüchern‘ und mit 3D-Druckern arbeitet. 95 Prozent der Azubis werden nach Ende ihrer Ausbildung innerhalb von drei Monaten in den ersten Arbeitsmarkt übernommen.

Zudem leistet sie eine tolle Integration von geflüchteten Syrern, indem diese ausbildungsbezogenen Deutschunterricht erhalten. Die Volkshochschule möchte Geflüchtete gern über einen längeren Zeitraum in Ausbildung, Beruf und Lebensalltag begleiten und benötigt dafür Räume, die in der jetzigen VHS nicht vorhanden und im Neubau nicht vorgesehen sind.

Integration, so Landrat Walter mehrfach im Kreistag, ist kein Kurzstre-

ckenlauf, sondern ein Marathon. Beim 40-jährigen Betriebsjubiläum lobte Petra Brenner von der IHK Tübingen/Reutlingen neben der hohen Ausbildungsqualität das ehrenamtliche Engagement der GIBA bei den IHK-Prüfungen. Deshalb unterstützt die IHK Tübingen/ Reutlingen vehement die Erweiterungspläne der GIBA. Zudem könnte die Ansiedlung auf dem DHL-Gelände Vorteile für die Azubis bringen, weil dort ein Haltepunkt der Regionalstadtbahn und ein Parkplatz für 150 Park-and-Ride Fahrzeuge eingerichtet werden.

Wendelsheim war mit dem ÖPNV extrem unbequem zu erreichen.

Stadt entzieht sich der Verantwortung

Anstatt diese Initiativen aufzugreifen und das Bildungsangebot für junge Menschen in Rottenburg zukunftsweisend zu erweitern, gab es von Bürgermeister Dr. Bednarz (SPD) nur windige Ausreden, um den Antrag abzulehnen: Eine städtische Förderung eines Ausbildungszentrums sei wahrscheinlich nicht EU-konform (?!), die GIBA



Lesen Sie weiter:

Brandschutz bei Stuttgart 21 Seite 3

DIE LINKE stimmt Haushalt zu Seite 5

... ODER DER BÜRGERENTSCHEID - Buchbesprechung Seite 9

Die Volksvertreter im Gemeinderat Seite 10

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

hätte noch kein Konzept mit einem ausgereiften Finanzierungsplan vorgelegt und außerdem habe man andere innovative Betriebe im Auge. Genauer werde dem Gemeinderat im Sommer mitgeteilt.

Traditionell war für die SPD die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften und Handwerkern eigentlich immer ein sozialdemokratisches Markenzeichen. Aber jetzt verstieg sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Hermann Steur zu der Behauptung, die Ausbildung von Handwerkern und Fachkräften müsse dem „freien Markt“ überlassen werden und hätte nichts mit der Kommune zu tun.

Lokal gegen Fachkräftemangel

Gegen diese „Marktgläubigkeit“ sprechen nicht nur tägliche Klagen über den wachsenden Fachkräftemangel in Deutschland von allen Industrieverbänden. Dagegen spricht auch der aktuelle Berufsbildungsbericht der Bundesre-

gierung. **Innerhalb von acht Jahren (2010-2017) hat Deutschland über 37.000 Ausbildungsbetriebe verloren, obwohl die Gesamtzahl der Betriebe im gleichen Zeitraum um fast 85.000 Betriebe zugenommen hat.** Insbesondere Kleinbetriebe können sich eine eigene Ausbildung nicht mehr leisten.

Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz enthält mit der Anerkennung von Qualifikationen aus dem Heimatland und selbst bezahltem Sprachunterricht immer noch hohe Hürden. 2018 sind knapp 39.000 Fachkräfte aus dem Ausland gekommen – gebraucht wird jährlich eine Nettoeinwanderung von 400.000, so Arbeitsmarktforscher Brücker.

Deshalb besteht akuter, lokaler Handlungsbedarf, vor dem die Stadt nicht die Augen verschließen darf! **Es ist geradezu grotesk, dass die Stadt die Initiative für ein Ausbildungszentrum, das von der IHK unterstützt**

wird, nicht einmal prüfen will und damit einen lokalen Beitrag zur Eindämmung des Mangel an Fachkräften blockiert. Was spricht dagegen, dass sie zusammen mit der GIBA, dem Kreistag und der IHK Gespräche führt? Sicherlich würde es für ein solches Zentrum Zuwendungen von Seiten des Landes und des Kreises geben.

DIE LINKE wird alle Initiativen unterstützen, um den guten Ruf Rottenburgs als Bildungsstadt zu stärken und die Ausbildungsmöglichkeiten für junge Leute in der Stadt zu verbessern. Auch das ist ein Beitrag zu weniger Pendelei und mehr sozialer Nachhaltigkeit!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Einladung zum Neujahrsempfang der Tübinger LINKEN



DIE LINKE Kreisverband Tübingen, Tübinger Linke und Heike Hänsel, MdB laden ein zum:

Neujahrsempfang der Tübinger Linken mit

Fabio De Masi

stellvertretender Fraktionsvorsitzender und
finanzpolitischer Sprecher

Dienstag, 21. Januar 2020
Beginn: 19:30 Uhr
Einlass: 19 Uhr
Aula Uhlandstraße,
Uhlandstraße 30, Tübingen

DIE LINKE.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Brandschutz bei Stuttgart 21

Endlich Recht auf Akteneinsicht!

Der Brandschutz ist eines der wichtigsten Themen überhaupt bei Stuttgart 21. Aber die Bahn mauschelt und hält wichtige Dokumente unter Verschluss. Auf Antrag der S21-kritischen „Ingenieure22“, die ein „Kaprun21“ befürchten, hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) jetzt Akteneinsicht zugelassen.

Erinnern wir uns: Der international renommierte Brandschutzexperte Hans - Joachim Keim, der schon zahlreiche Brandkatastrophen begutachtet hatte, darunter auch die Tunnelbrandkatastrophe der Gletscherbahn von Kaprun mit 155 Toten, kommt zu dem niederschmetternden Ergebnis: **Es kulminiert der Wahnsinn! Stuttgart 21 ist nicht nur ein Staatsverbrechen, sondern hat das Potenzial, Europas größtes Krematorium zu werden!**

Die S21-kritischen „Ingenieure22“ haben an den von der Bahn präsentierten Ergebnissen erhebliche fachliche Zweifel – sie halten es deshalb für unverzichtbar, die Angaben der Bahn zu überprüfen, um ein „Kaprun21“ zu verhindern: „Wir dürfen in den Stuttgarter Tunnels nicht sehenden Auges die Möglichkeit einer Katastrophe wie in Kaprun zulassen, wo 150 der 162 Passagiere bei einem Brand zu Tode kamen.“ Unvorstellbar auch das schreckliche Szenario, dass im Katastrophenfall Menschen nicht aus den Zügen kommen, weil die Türen entweder defekt sind oder sich einfach nicht öffnen lassen, was ja bei der Bahn sehr häufig der Fall ist. Besondere persönliche Verantwortung trüge in einem solchen Fall der neue Brandschutz-Beauftragte der Bahn Dr. Florian Bitzer, wenn er Unzulänglichkeiten des Sicherheitskonzepts zu verheimlichen versucht.

Bis zuletzt hatte sich die Bahn verbissen gegen die Akteneinsicht gewehrt und die Verweigerung mit einer dadurch heraufbeschworenen Terrorgefahr begründet, falls diese Unterlagen in unbefugte Hände gelangen sollten. Daraufhin haben die „Ingenieure22“ im Oktober 2016 Klage gegen die Bahn auf Akteneinsicht nach dem „Umweltinformationsgesetz“ (UIG) eingereicht. Auf Antrag der Bahn hatte

das Verwaltungsgericht Stuttgart die Klage in der Verhandlung im November 2017 in erster Instanz abgewiesen mit der Begründung, „Feuer und Rauch seien keine Umweltbestandteile“; so-



mit komme eine Akteneinsicht nach UIG nicht in Frage.

Doch dann hatten die „Ingenieure22“ Berufung vor dem VGH Mannheim eingelegt – mit Erfolg! In zweiter Instanz wurde ihnen das Recht zugesprochen, bei der Bahn die Akten zur Tunnel-Entfluchtung und die zugehörige Tunnelsimulation einsehen und auch Notizen machen zu dürfen. Leider dürfen keine Ablichtungen gemacht werden. Auch wenn es 3 ½ Jahre gedauert hat, zeigt dies einmal mehr, dass man Ausdauer haben muss und nicht nachlassen darf!

Die Bahn ist schlussendlich mit ihrer abwegigen Begründung gescheitert, die Akteneinsicht gefährde die öffentliche Sicherheit; ein Öffentlichwerden der Evakuierungspläne der S21-Tunnel würde geradezu eine Terrorgefahr für Stuttgart als Sitz der US-Militäreinrichtungen EUCOM und AFRI-COM heraufbeschwören. Das ließen die Richter am VGH als Ablehnungsgrund jedoch nicht gelten. Die Terrorgefahr darf nicht zu verantwortungsloser Geheimhaltung führen, sondern erfordert ein besonderes Maß an überprüfbarer Sicherheit.

Dann erklärten die Bahn-Vertreter, bei den Evakuierungsplänen handele es sich um ein Geschäftsgeheimnis; das falle nicht unter die UIG-Pflicht und müsse folglich auch nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden. Auch das verfiel bei den Richtern nicht; die Öffentlichkeit habe ein Recht zu erfahren, ob und wie die Reisenden aus einem brennenden Zug im Tunnel in Sicherheit gebracht werden sollen; das dürfe nicht der Geheimhaltung unterworfen werden. Schließlich kamen die Vertreter der Bahn noch mit

dem Urheberrecht – die Pläne seien ja ein urheberrechtlich geschütztes Werk, was eine Weitergabe an Dritte ausschließe. Damit haben sie sich vollends der Lächerlichkeit preisgegeben. So stimmte die Bahn schlussendlich dem vom VGH vorgeschlagenen Vergleich zu, der für sie einer schmerzlichen Niederlage gleichkommt. Nun muss die Bahn doch die Untauglichkeit ihrer Evakuierungspläne offenbaren. Die „Ingenieure22“ aber können gut damit leben und betrachten es als Sieg.

Der von der Bahn aufgebaute Popanz einer Terrorgefahr durch ein Öffentlichwerden der Evakuierungspläne fiel dabei in sich zusammen. Um einen Terroranschlag auszuführen, bedarf es keiner Evakuierungspläne, wie es die Bahn glauben machen will.

Die Bahn lenkt damit vom wirklichen Problem ab: Nicht etwa die Veröffentlichung der Evakuierungspläne für die S21-Tunnel bedingen die Gefahr eines Terroranschlags – vielmehr sind es doch die unterirdischen Bahnanlagen mit dem Tiefbahnhof und den 60 km Zulauftunneln als solche, die für Terroranschläge bestens geeignet sind und Terroristen geradezu magisch anziehen.

Die Auswirkungen einer Explosion oder eines Feuers sind in unterirdischen Räumen zigfach stärker als im oberirdischen Kopfbahnhof oder auf freier Strecke. Deshalb sind auch alle schweren Terroranschläge auf Bahnanlagen stets in unterirdischen Anlagen wie U-Bahn- und Metro-Stationen verübt worden, mit insgesamt hunderten Toten und tausenden Verletzten – dies gänzlich ohne Kenntnis irgendwelcher Evakuierungspläne.

Auch wir können mit dieser Entscheidung des VGH gut leben. Damit der Mauschelei der Bahn aber ein für allemal ein Ende gesetzt wird, wollen wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Azubis für Erzieherinnenberuf gesucht!

Sieben PIA-Stellen in Rottenburg möglich

FAIR und DIE LINKE hatten in den Haushaltsberatungen gemeinsam sieben neue PIA-Stellen beantragt. Das sind Ausbildungsstellen für Erzieherinnen und Erzieher, bei der die Praxis in einer Kita und die Theorie miteinander verbunden werden und die vom ersten Tag und nicht erst im vierten Jahr bezahlt werden.

Da bundesweit in fünf Jahren 300.000 ausgebildete Erzieherinnen gebraucht werden, besteht eine dringende Notwendigkeit, sie jetzt auszubilden. Deshalb bezahlt die Landesregierung denjenigen Kommunen 200 Euro pro Monat pro PIA-Stelle, wenn sie 50 Prozent mehr Stellen als im letzten Jahr planen. Außerdem stellt sie Geld für das Anleitungspersonal zur Verfügung.

Dieses Angebot wollten die Antragsteller aufgreifen. Denn die Attraktivität der Kita-Erziehung ist zwar mit der

Eingruppierung von allen ausgebildeten Erzieherinnen in S 8a gestiegen – aber damit noch keine weitere Erzieherin ausgebildet.

Die Stadt wollte nur drei Stellen zur Verfügung genehmigen und damit alle Zuschüsse sausen lassen.

Ihre Begründungen:

Es gäbe zu wenig Plätze in der Mathilde-Weber-Schule in Tübingen (zuständig für den Theorie-Teil) und es gäbe zu wenig Anleitungspersonal, besonders in kleinen Einrichtungen. Beides wurde widerlegt: Selbst kleine Einrichtungen wie die katholische Kita in Weiler sind für die Ausbildung bereit, so ihre Leiterin Frau Baumgärtner.

Der Leiter der Tübinger Mathilde-Weber-Schule berichtete, dass für PIA-Stellen aktuell 90 Plätze vorhanden

sind, allerdings sind 15 davon unbesetzt. Die Schule wird auch eine Werbekampagne starten, um für das nächste Ausbildungsjahr mehr Bewerbungen zu erhalten und damit Klassen beantragen zu können.

Aufgrund dieser Informationen musste die Stadtverwaltung zusagen, dass sie noch einmal in allen Einrichtungen nachfragt, wer noch Auszubildende aufnimmt. Bei positiven Rückmeldungen wird die Stadt bis zu sieben neue PIA-Stellen einrichten!

Weitererzählen und bewerben! – Es lohnt sich!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Mitglied der LINKEN werden –

unsere Demokratie stärken



Der große Erfolg der **LINKE** bei der Landtagswahl in Thüringen zeigt, dass Veränderungen möglich sind. Er zeigt auch, dass die CDU unfähig ist, sich von alten Denkmustern zu verabschieden, zum Beispiel von der Vorstellung einer Volkspartei. Dazu zählt auch

ten. Unsere Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und ehrenamtlichen GemeinderätInnen und deren Recht auf Informations- und Versammlungsfreiheit. Es ist traurig, dass einzig **DIE LINKE** gegen diese Absicht der Ratshauspitze im Februar 2019 beim Regierungspräsidium in Tübingen protestiert und Recht bekommen hat. Demokratische Grundrechte sind wesentlich, um die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. In Rottenburg zeigt sich das beim Bürgerentscheid gegen das Gewerbegebiet Galgenfeld, beim Wohnungsbau (DHL), beim Nachbarschaftstreff Kreuzerfeld und bei der Bezahlung der Erzieherinnen. Deshalb gehören soziale Bewegungen und Demokratie zusammen:

der Schmarren von der Gleichsetzung von Rechtsextremen mit der **LINKE**, zumal mit einem Spitzenkandidaten Björn Höcke und dessen Anhang.

Dass dies kein Ausrutscher der Thüringer CDU ist, zeigt der gescheiterte Versuch von OB Neher und der CDU-Rottenburg, allen Ortschafts- und Gemeinderäten Veranstaltungen in Räumen von Schulen und Kitas zu verbie-



Warum eigentlich nicht? DIE LINKE.

Erstmals stimmt DIE LINKE dem Rottenburger Haushalt zu

Die Schwarze Null ist Vergangenheit

144 Mio. Euro umfasst der städtische Haushalt für das nächste Jahr. Davon sind allein 35 Mio. Euro Investitionen, die in den letzten 15 Jahren wegen neoliberaler Sparpolitik verschleppt worden sind.

Aber die Sanierung und der Neubau von Schulen (Hohenberg), Kitas (St. Remigius), der Volkshoch- und Musikschule lassen sich jetzt nicht länger aufschieben. Hinzu kommen acht Millionen für Grunderwerb, um neue Wohnungen zu bauen. Da unsere Stadt wächst, braucht sie auch mehr städtisches Personal, besonders für die Kitas und für die Pflege. Endlich bekommen die Erzieherinnen mehr Geld, so dass die anstrengende Arbeit und die Erlernung des Berufs attraktiver werden. Das ist eine Ermutigung für alle städtischen Beschäftigten, von denen immer mehr Leistung verlangt wird, ohne dass sich dies in besserer Bezahlung oder Wertschätzung niederschlägt.

Totentanz der „Schwarzen Null“

Während SPD-Fraktionsvorsitzender Hermann Josef Steur forderte, „dass wir den Gürtel wieder deutlich enger schnallen müssen“ und Jasson Schuler (JA-Fraktion) forderte, die Schwarze Null zu erhalten, betonte Stadtrat Dr. Peter (**DIE LINKE**) in seiner Haushaltsrede:

„Nichts hat in den vergangenen zehn Jahren so großen sozialen und gesamtwirtschaftlichen Schaden angerichtet wie der Fetisch der Schwarzen Null, der jetzt von führenden Wirtschaftsverbänden kritisiert wird. Selbst der deutsche Entwickler der Schuldenbremse Christian Kastrop hält sie für überholt, weil sie für die aktuelle Wirtschaftsentwicklung schädlich ist. Trotz Investitionen von knapp 134 Mio. Euro in den nächsten Jahren in Rottenburg haben wir weiterhin einen großen Investitionsbedarf, weil unsere Stadt wächst, die Kinderzahl stark zunimmt und sich die Bildungsanforderungen in der Gesellschaft verändern. Nach wie vor umfasst allein der Investitionsrückstand bei Schulen im Ländle 31 Prozent vom Gesamtrückstand von 138 Mrd. Euro. Nicht die Kreditaufnahme bei Zinsen von 0,5 bis einem Prozent

bei einer Laufzeit von 30 Jahren, sondern die verschleppten Investitionen sind die größte Belastung für die nachwachsende Generation! Deshalb ist es richtig, dass Rottenburg die Schwarze Null aufgibt und in der mittelfristigen Finanzplanung Kredite einplant.“

Das CDU-Dilemma

Horst Schuh (CDU) gab offen zu, dass spätestens mit der Eingruppierung aller Erzieherinnen in S 8a die bisherige CDU-Strategie gescheitert ist. Jahrelang hatte die CDU mit Unterstützung der SPD durchgesetzt, dass die geringen Einnahmen bei der Gewerbesteuer durch niedrige Personalausgaben bei städtischen Beschäftigten ausgeglichen werden. Mit durchschnittlich 487 Euro pro Einwohner (E) lag Rottenburg weit unter dem Landesdurchschnitt von 848 Euro/E und sparte so 9,5 Mio. Euro im Haushalt ein – auf Kosten der Beschäftigten und deren Kaufkraft. Diese Methode sei jetzt „völlig ausgereizt“, weil andere Städte längst mit A 12 für Berufseinsteiger locken. Da „können wir mit Stellen in A 10 nicht konkurrieren“, so Schuh.

Um die verarmten Millionäre weiterhin vor einer Vermögenssteuer zu schützen, sucht die CDU jetzt ihre Zuflucht bei weiteren Gewerbeansiedlungen: „Das Ganze hat einen Preis, der Fläche heißt.“ (Schuh) Damit waren CDU und SPD jedoch gerade erst beim Gewerbegebiet Galgenfeld grandios gescheitert!

Da die Stadt es weiterhin ablehnt, die Gewerbesteuerumlage auf den Landesdurchschnitt anzuheben und dadurch die Schuldenaufnahme ab 2021 zu verringern, wird der Kampf um Gewerbeflächen ein wesentlicher Konfliktthema bleiben. Sprich: OB Neher hat Gewerbe auf dem Oberen Feld angekündigt und will 2021 einen Bürgerentscheid dafür initiieren. - Bevor er die Flatter nach Stuttgart macht?

„Schlanker Staat“ ist gescheitert

Schuhs Eingeständnis, dass Rottenburgs Verwaltung beim Personal nicht „konkurrenzfähig“ ist, zeigt: Seit Jahren haben wir einen schleichenden Verfall bei Staatsaufgaben, angefangen

bei Polizei und Justiz über die Bildung (in Kitas fehlen in fünf Jahren 300.000 Erzieherinnen, eklatanter Lehrermangel im Grundschulunterricht). Ein Drittel aller Krankenhäuser muß wegen fehlender Ärzte und Pflegepersonal Stationen schließen. Personal und Schienennetz der Deutschen Bahn sind ein Sanierungsfall und selbst beim Digitalausbau hinkt unser Land meilenweit hinterher, weil überall Fachkräfte fehlen. Der Wohnungsbau wird Immobilienkonzernen überlassen.

All das ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer Politik des „schlanken Staates“, in dem eine Planung und Ausbildung von Nachwuchskräften kaum noch stattfindet und alle Bereiche, die Rendite versprechen, privatisiert und an Konzerne verschertelt werden. Wir brauchen eine Kehrtwende, die die demokratische Kontrolle über unsere Gesellschaft und den Staat wieder herstellt und die Macht der multinationalen Konzerne und Banken schrittweise zurückdrängt. Eine Ausbildungsoffensive in allen Bereichen ist eine entscheidende Bedingung dafür.

Zustimmung zum Haushalt

Viele Anträge hatte **DIE LINKE** zusammen mit FAIR gestellt und damit große Gemeinsamkeiten in vielen Fragen gegenüber dem neuen konservativen Kartell aus CDU-SPD-JA-FB/FW deutlich gemacht. Auch wenn die gemeinsamen Anträge für eine Instandhaltung des heruntergekommenen Schlachthof-Gebäudes und für ein Ausbildungszentrum auf dem DHL-Gelände (Planungsrate) noch keine Mehrheit fanden, waren der Erfolg bei der Bezahlung der Erzieherinnen, die Aufgabe der Schwarzen Null ab 2021 und das Ende der Verschleppung von notwendigen Investitionen so wichtig, dass FAIR und **DIE LINKE** dem Gesamthaushalt zustimmten.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Babylonische Neuversiegelung

Unser Minister in Sachen Verkehr, Winfried Hermann, würde sich gerne wie der Bundesminister Scheuer ebenfalls als „Fahrradminister“ sehen, hat er doch im Herzen der Landeshauptstadt eine Bahnhofsbaustelle an der Backe, die ihn u.a. wegen unabweisbarer technischer Mängel nicht glücklich machen kann.

Gewöhnlich ist es so, wenn ein Politiker in ein Fiasko stolpert, dann bohrt er flugs ein neues Brett, das die alte Bruchlandung vergessen machen soll. In diesem Sinne zog die Landesregierung schnell und übereifrig gigantische Pläne für Radschnellverbindungen aus der Schublade. Das klingt ja zunächst auch ganz schick, sportlich und vernünftig, wenn das Ziel proklamiert wird, das Auto von der Straße zu verbannen.

Also: Die ersten Pläne einer Radschnellautobahn zwischen Rottenburg und Tübingen haben es in sich (obwohl es schon jetzt keinerlei Mühen macht, Tübingen oder Rottenburg mit dem Rad auf tadellosen Fahrradwegen zu erreichen). Die babylonische Neuversiegelung für schnelles Radfahren zwischen Domstadt und Hölderlinmetropole ist zunächst mit Kosten von 23,586 Millionen Euro beziffert. Eine stolze, aber überflüssige Investition, wer den Ist-Zustand bedenkt.



Eine fantastische Hochrechnung ist es zudem, wenn die Planer schon heute mit mehr als (!) 2400 Expressfahrern binnen 24 Stunden rechnen. Auch diese Hochrechnung dürfte kaum geerdet sein und entspricht bestenfalls ministerialen Träumereien. Wenn man dann noch hinzuaddiert, dass der Fahrrad-Highway des Winters von Schnee und Eis zu räumen ist, dunkle Abschnitte heimelig mit LED-Lampen ausgeleuchtet werden sollen, dann ist der Gipfel der Verschwendung öffentlicher Gelder im erreicht.

Und weiter: Die ca. vier Meter breite (neue!) Rennstrecke zwischen Tübingen und Rottenburg hätte eine Länge von rund 12 Kilometern. Da aber auch das Obere Neckartal mit einer Neuversiegelung ab Rottenburg kaum nachstehen will, kämen weitere 7 Kilometer hinzu. Kurz und gut: 7,6 ha fielen der beklagenswerten Fahrradwegeplanung zum Opfer. Muss man da erst Greta Thunberg um mentalen Beistand bitten?



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat

„DIE LINKE“

Rottenburg - Obernau

Landkreis Tübingen auch zu „Sichere Häfen“

Im November 2019 hat die Kreistagsfraktion der Linken den Antrag gestellt, dass sich der Landkreis Tübingen dem Bündnis „Sichere Häfen“ anschließen soll.

In diesem Bündnis haben sich bereits über 120 Städte und Landkreise aus ganz Deutschland zusammengeschlossen, die ihre Bereitschaft erklärt haben, aus Seenot geretete Flüchtlinge aufzunehmen. Am 11. Dezember trugen über zwanzig Organisationen der Tübinger Zivilgesellschaft diese Forderung anlässlich der Kreistagssitzung vor das Landratsamt.

Warum haben wir diesen Antrag gestellt und ist das überhaupt ein Thema für die Kommunalpolitik?

Wir sind der Meinung, dass vier Jahre, nachdem die sogenannte Flüchtlingskrise ausgerufen wurde, eine Wende in der Flüchtlingspolitik nötig ist. Unter Seehofer, und leider mitgetragen von der SPD, wurde in den vergangenen

Jahren eine Politik betrieben, bei der einseitig auf Abwehr und die Abschottung der EU-Außengrenzen und auf die Aufenthaltsbeendigung von bereits angekommenen Flüchtlingen fokussiert wurde. Insofern sind „wir“ mitverantwortlich für das fortgesetzte Sterbenlassen von tausenden von Menschen im Mittelmeer, für die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettungsorganisationen, für den EU-Türkei-Deal und die daraus folgenden katastrophalen Zustände in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen Grenze.

Während all dies passiert, stehen bei uns geeignete Aufnahmeplätze leer oder werden geschlossen. Im Jahr 2019 musste der Landkreis im Durchschnitt ca. 10 neue Asylsuchende pro Monat aufnehmen. Da wären etwa 10 weitere Personen aus Aufnahmeprogrammen eine Kleinigkeit, für die Betroffenen

aber die Rettung vor menschenunwürdigen Lebensbedingungen oder vor dem Tod.

Es ist gut, dass sich die Städte Rottenburg und Tübingen bereits zum „Sicheren Hafen“ erklärt haben. Aus unserer Sicht ist jedoch der Landkreis die Instanz, die entscheiden kann, ob und wie viele Flüchtlinge zusätzlich zu Asylsuchenden aufgenommen werden sollen. Und das genau ist die Forderung des Bündnis „Sichere Häfen“, der sich die Bundesregierung bisher noch verschließt. Damit sich also in der Flüchtlingspolitik etwas ändern kann, braucht es den Impuls und mehr Druck „von unten“.

In diesem Sinne hoffen wir auf Ihre Unterstützung und dann auf die Zustimmung des Kreistags und wünschen allen einen guten Start und viel Erfolg und Gesundheit im neuen Jahr(zehnt).

Andreas Lindner, Tübingen
Reisecke vom 7.1.2020

Einladung DIE LINKE Rottenburg

Volker Rekitke

Fast Fashion für die Welt „Made in Bangladesh“
und die Kampagne für ein deutsches Lieferkettengesetz

27. Februar 2020, 19.00 Uhr, Rottenburg, AWO-Heim, St. Moriz-Platz 7



Wer profitiert, wer verliert bei „Fast Fashion“?

Jede/r von uns kauft durchschnittlich 60 neue Kleidungsstücke im Jahr. Vieles davon wird nur einmal angezogen und hängt dann im Schrank. „Keiner von uns braucht so viel Kleidung“, sagt der Reutlinger Forscher Kai Nebel angesichts der wachsenden Berge von Textilmüll. **„Fast Fashion“, die schnelle Mode, ist eine der dreckigsten Industrien der Welt.** Die Herstellung von Kleidung erzeugt mehr CO₂, als der weltweite Flug- und Schiffsverkehr zusammen.

Die Bekleidungsindustrie wird in Ländern wie Bangladesch und Äthiopien, in mancher Hinsicht durchaus erfolgreich, als Entwicklungsstrategie eingesetzt – und erzeugt zugleich große soziale Verwerfungen. Bei umgerechnet 85 Euro liegt der monatliche Mindestlohn in Bangladesch, in Äthiopien nicht einmal bei der Hälfte. Arbeitsschutz und -rechte werden häufig nicht eingehalten.



Der **Tübinger Journalist Volker Rekitke** promoviert zum Thema Menschen- und Arbeitsrechte in den globalen textilen Lieferketten. Im September war er mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dhaka (Bangladesch), konnte dort mit Gewerkschafter*innen und Forscher*innen sprechen und besuchte Textilunternehmen. In seinem Vortrag zeigt er Möglichkeiten auf, wie Umweltstandards, Menschen- und Arbeitsrechte sowie existenzsichernde Löhne in den globalen (textilen) Lieferketten umgesetzt bzw. verbessert werden können zum Beispiel über die aktuelle Kampagne für ein deutsches Lieferkettengesetz für Unternehmensverantwortung.

Betrifft: WLAN-freie Schulen

Wie viel ist Ihnen die eigene körperliche und geistige Gesundheit und die Ihrer Kinder und Enkel wert?

Der weltweite Widerstand gegen den wilden Ausbau des 5G-Mobilfunk-Netzes wächst. Schon beim früheren Digitalfunk wurden Gesundheitsschäden auf die Zeugungsfähigkeit bei Männern festgestellt, wenn sie das Handy in der Hosentasche tragen. Die Strahlenbelastung beim 5G-Standard ist um das Hundertfache höher.

Drei Schweizer Kantone und Europas Hauptstadt Brüssel haben inzwischen einen Ausbaustopp (Moratorium) für 5G-Funkmasten beschlossen, bis Er-

gebnisse über die Strahlenbelastung vorliegen. 180 Wissenschaftler aus 36 Ländern protestieren gegen einen Feldversuch der Telekom in Berlin-Mitte.

Als ich in der Haushaltsdebatte ein

(((5 G)))

Moratorium für Rottenburg vorschlug, blamierte sich CDU-Fraktionsvorsitzende Horst Schuh als Besserwisser und sah den Untergang der Wirtschaft der Stadt, des Landes und der ganzen Welt nahen. Dabei hatten erst kürzlich 70 Ärzte in Stuttgart einen Offenen Brief an Ministerpräsident

Kretschmann überreicht, in dem sie ein Gespräch mit ihm über ihre Forderung nach WLAN-freien Schulen und ein 5G-Moratorium forderten.

Selbst Experten der Weltgesundheitsorganisation WHO wollten 2019 die 5G-Strahlung als „krebsregend“ einstufen. All das kannten Horst Schuh und Kretschmanns grüne Jubeltruppe im Gemeinderat nicht.

Für den 9. Januar 2020 um 19 Uhr lud **DIE LINKE** den Mobilfunkspezialisten Jörn Gutbier ins AWO-Heim ein, um die Gefahren von 5G zu diskutieren. Wir werden berichten. (EP)

Das AfD-Menschenbild

„Wir glauben nicht an die Verheißungen moderner politischer Ideologien oder an die Heraufkunft eines besseren, <eines neuen Menschen>. Eine Geschichtsphilosophie, die von einer Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral ausgeht, halten wir für anmaßend und gefährlich.“

So steht es im AfD-Programm. Was bedeutet das? Welche Ziele werden von dieser Philosophie abgeleitet?

Die Evolution ist ein fortschreitender Prozess und formt von Anfang an die Schöpfung. Darwin hat es deutlich gemacht. Die AfD hat in ihrem Menschenbild nun den Homo sapiens aus diesem exklusiven Vorgang ausgeklammert und zum Stehenbleibenden erklärt. Dies in unserer Zeit der Digitalisierung, wo gerade die geistige und moralische Weiterentwicklung des Menschen zur wahren Herausforderung wird.

Muss ich darauf hinweisen, dass hier die Fortentwicklung der Zivilisation gemeint ist, in der auch die Individualisierung des Menschen stattfindet? Ist der AfD nicht offensichtlich, dass der Mensch von Generation zu Generation seine

individuelle Moral fortentwickelt und dass Rückfälle nur als Ausnahme die Regel bestätigen? Nichts ist beständiger als die Veränderung.

Freilich hat diese schreckliche Philosophie System. Eine Ansammlung von nicht entwicklungsfähigen Individuen kann ja nicht wissen, was Recht oder Unrecht ist. Die Herde braucht Anleitung, Hilfe und, darauf kommt es an, einen Führer, der ihr sagt, was sie tun soll, was moralisch oder unmoralisch ist, kurz ein Gewissen. Da kann ich den Blick auf die Vergangenheit nicht mehr vermeiden.

War es nicht der schlimmste Fehler der Deutschen, dass sie im Reich der Nazis ihr individuelles Gewissen der Obrigkeit opferten, glaubten, die da oben werden es schon richtig machen?

Wir dürfen uns diesen Fehler nicht zweimal leisten. Wir müssen der Welt und unseren Kindern zeigen, dass wir lernfähig sind.

Gastbeitrag von **Gebhard Xaver Bock**
Tübingen

Betrifft: Städtische Niedriglöhne

Kürzlich behandelte Rottenburgs Gemeinderat den Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebs WTG (Wirtschaft, Tourismus, Gastronomie). Dabei fiel mir auf, dass für 2020 drei Stellen mit einem Stellenanteil von 0,13 Prozent vorgesehen sind.

Auf meine Nachfrage, warum dies so krumme Zahlen sind, hieß es: Das sind drei 450.- Euro-Stellen für verschiedene Beschäftigte. Damit „spart“ die Stadt Sozialabgaben, Aufstockung durch das Job-Center und Armutsrente sind vorprogrammiert.

Im Kreis Tübingen gab es 2017 laut neuestem Kreissozialbericht 1.522 „Aufstocker“, deren Lohn so gering ist, dass sie Hartz IV beantragen mussten. Verglichen mit dem Landesdurchschnitt ist der Kreisanteil an allen Hartz-IV-Beziehern „überdurchschnittlich hoch und lag im August 2018 bei 32,2 Prozent der SGB-II-Bezieher“. Bisher hatte ich gedacht, dass dafür nur gierige Konzerne verantwortlich sind. Aber die Stadt Rottenburg scheint hier den Gemeinderatsbeschluss über nachhaltige Wirtschaftspolitik (September 2019) mit beiden Füßen zu treten. Angeblich will die Stadt Unternehmen fördern,

„die möglichst viele qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, tarifgebunden sind oder mindestens tariflich bezahlen“. Jetzt macht sie soziale Nachhaltigkeit zur Farce und schön auf Kosten der Allgemeinheit die Arbeitslosenquote.

DIE LINKE wird wie bei den Erzieherinnen auch im nächsten Jahr für eine leistungsgerechte Bezahlung und einen armutsfesten Lohn für alle Beschäftigten eintreten.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Kurz und bündig
DIE LINKE zeigt Andreas Scheuer an

Die Linken-Abgeordneten im Bundestag Victor Perli und Fabio De Masi hatten den unfähigsten Verkehrsminister, den Deutschland je hatte, wegen Untreue angezeigt, nachdem der Bundesrechnungshof schwere Verstöße gegen das Vergabe- und Haushaltsrecht bei der gescheiterten PKW-Maut festgestellt hatte. Scheuer hatte mit den Betreibern Kapsch und CTS Eventim Verträge abgeschlossen, ohne die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes abzuwarten. Bekommen die Betreiber Recht, müssen die Steuerzahler bis zu eine halbe Milliarde Euro Entschädigung zahlen.

Glyphosat – es geht auch ohne

Ab Ende 2022 will die Deutsche Bahn auf den Einsatz von Glyphosat zur Verhinderung von Unkraut auf ihren Gleisbetten verzichten. Welch Fortschritt! Wer hätte gedacht, dass die Bahn so schnell auf den weltweiten Protest gegen das vermutlich krebserregende Mittel verzichtet. Unkrautvernichtung ohne Chemie, früher ging das durch Personaleinsatz, aber bekanntlich leidet die Bahn ja sogar bei den Lokführern an Personal und rechtzeitiger Ausbildung dafür.

... ODER DER BÜRGERENTSCHEID

Kommune der Freidenker, Frommen, Verwalteten und Verliebten

Der erste Zugang zu Christian Hörburgers neuem Buch - oder besser Büchlein - ist nicht so leicht: nichts Buntes erfasst einen, ein Engel mit - ja welchem Blick? - schaut an einem vorbei, ein langer, nicht schnell zu erfassender Titel weckt auch nicht unbedingt begierige Neugierde.

Ein bisschen Neugierde bleibt aber doch. Blättern. Weiter Blättern. ... Lesen. Schnell merke ich, dass das Versprechen des Verfassers Dokumentarisches, Romantisches und Realsatirisches zu verknüpfen, gehalten wird.

Amüsant zu verfolgen ist die Geschichte von Hella und Benedict. Der Leser wird am Leben und Fühlen der beiden jungen Menschen teilhaftig, ihren Problemen und Freuden, ihren Plänen und ihren sich austauschenden Zärtlichkeiten. Einfühlsam, zurückhaltend und ein bisschen voyeuristisch erzählt der Beobachter von der Hauswirtschafterin in Ausbildung auf der Liebfrauenhöhe und dem lernenden Volontär bei der Rottenburger Post, den der Chef vom Dienst spüren lässt, wie Abhängigkeiten funktionieren und wie die Berichterstattung der Lokalpresse gestrickt wird. Hörburger fühlt mit ihm.

Was ist das Büchlein? Ein bisschen von allem. Es ist eine Collage, handelt von Regionalgeschichte, ist Gastroführer, ein wenig Liebesroman, Kochbuch, Geografiebuch, Dokumentation, Streitschrift ... Ein Erinnerungsbuch - da war doch was! Schwefelgeruch in Bad Niedernau!

Aber es ist auch ein kritisches, böses Büchlein, ein Lehr- und Lernbuch mit Blick auf die Purzelbäume kleinkarierter Kommunalpolitik, die ihre Entscheidungen für weltrettend oder zumindest für die Rettung Rottenburgs hält.

Wem ist das Büchlein zu empfehlen? Unbedingt jeder und jedem, denen Rottenburg und sein Umland am Herzen liegt und die an der örtlichen Zeitgeschichte interessiert sind. Wer nicht die Rottenburger Lokalpolitik ein wenig verfolgt, wird nicht sofort alles verstehen. Der Leser erfährt viel über die Geschichte(n) und über die politische Einstellungen der Ortschaften im obern

Neckartal. Es ist ein profunder Führer für Rottenburg und um Rottenburg herum.

Längst vergessene Vorkommnisse bringt Hörburger in Erinnerung und aus der Zusammenschau entsteht ein treffliches Bild. Es ähnelt dem bunten

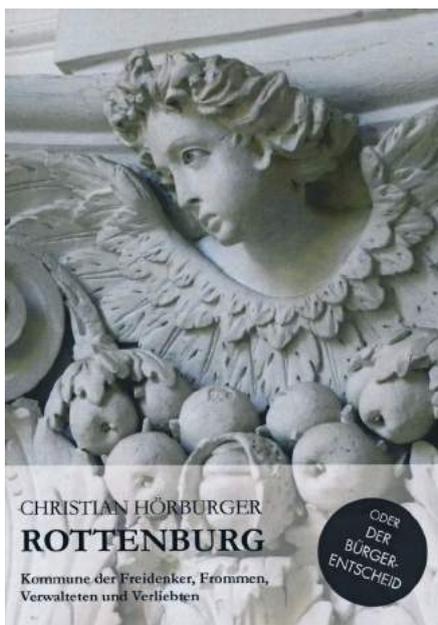


Bild eines Kaleidoskops: Ein Erinnerungsbuch für Zeitzeugen, die nicht vergessen möchten. Es entsteht ein Bild aus kleinen runden, heiteren und auch bösen, scharfkantigen Mosaiksteinchen. Zu den scharfkantigen Steinchen zählen etliche der Leserbriefe, deren deutliche Sprache zeigen, dass Kommunalpolitik und Bürgerwillen hart aufeinander treffen können und wie zur Durchsetzung der jeweiligen Interessen getrickt wird.

Mir gefällt, wie Hörburger zwischen den lokalen Welten spielen lässt. Da ist die Welt der Schönstätter Marienschwestern, die Welt der lokalen Presseberichterstattung, die Welt kleiner örtlicher Politik und der Rest, „der nur mit der Annahme einer Wirksamkeit des Teufels oder Satans erklärt werden kann.“

Wie schon erwähnt, kann man aus dem Büchlein lernen: Wie die Obrigkeit arrogant von oben auf ihre Untertanen blickt mit der Sicherheit ihre Ziele durchsetzen zu können und wie andererseits mündige Bürger sich Mut machend Widerstand leisten, selbstbe-

wusst und solidarisch, und mit ihrer Mehrheit die Oberen verblüffend.

Das Kapitel „über den Wolken“ führt leider etwas in die Irre, denn es könnte glauben lassen, dass „Rottenburg“ gänzlich die Erfindung eines Märchen-erzähler aus Obernau sei. Sei's drum! Freuen wir uns einfach an der Fantasie des Schreibers. Aber vielleicht will er uns auch auf die schwammigen Grenzen zwischen Fiktion und Realität hinweisen und dass es besser wäre, die Realität eines geplanten Galgenfeldes wäre eine Fiktion der Verwaltung geblieben. Aber was hätten wir Bürger dann aus der ganzen Sache gelernt? Und was die da oben? So konsterniert, „verdattert“ wie sie bei der Verkündung des Abstimmungsergebnisses geschaut haben, hoffentlich recht viel. Man wird sie daran erinnern müssen, denn „Galgenfeld“, sprich Flugfeld Baisingen, droht überall.

Mit einem Ausblick Hörburgers auf Themen, die ein Benedikt nachfolgender Volontär zu bearbeiten haben könnte, hoffe ich auf einen zweiten Band. Zwar wird die Geschichte von Hella und Benedict hier enden, aber wie heißt es: „Und beide mögen sich. Immer noch. Das ist doch auch etwas.“ Und dann ist da noch von einem Geheimnis die Rede. „Und das geht niemand was an.“ - Bitte um Fortsetzung!

Der Blick des Engels beschäftigte mich während der ganzen Lektüre des Büchleins. Ich glaube, dass ich seinen mitleidigen, enttäuschten Blick verstehe. Er will sagen: Ich seh's, aber ich versteh nicht, was da in diesem Rottenburg passiert. Ihr tut mir irgendwie leid - aber ihr - in der Politik - könnt's wohl nicht besser.

Christian Hörburger liest aus „Rottenburg“ im **Atelier Horst Fenn**, Hinter dem Löwen 6, Rottenburg, am Donnerstag, den 23. Januar 2020 um 19.30 Uhr.

Gelegenheit zu Fragen an Christian Hörburger wird es gewiss geben. Meine Frage wäre: Was ist ein „bowliger Kuss“?

Norbert Kern, Wendelsheim

Die Volksvertreter im Gemeinderat

Aus: **Christian Hörburger, Rottenburg, Kommune der Freidenker, Frommen, Verwalteten und Verliebten ODER DER BÜRGERENTSCHEID**

JA

Die **Jungen Aktive** sind dynamisch immer auf der Spur des kommunalpolitischen Zeitgeistes, kooperieren Hand in Hand oft und gerne mit der Verwaltung, machen aus ihren Herzen keine Mördergrube, sperren sich gegen die unnötige Explosion von Fußgängerzonen, kämpfen für Hot-Spots und

gegen Hundekot. So mancher Gemeinderat aus ihren Reihen konnte direkt in eine Spitzenposition der Verwaltung wechseln. Die junge Jessica hat es zum Beispiel geschafft. Sie wird jetzt nach A13 dotiert und hat im Ordnungsamt nicht zuletzt auf effektive Parkraumbewirtschaftung ein wachsames Auge.

FB / FDP

Die Fraktionsgemeinschaft **Freie Bürger und Freie Demokraten** kämpfen aus Gründen des schonenden Landschaftsverbrauchs für unterirdische Parkhäuser und höhere Hochhäuser in den Gewerbegebieten. Kuschelkurs mit der Verwal-

tung ist ihnen fremd. Vergeblich beklagen sie seit Jahren eine stehende Bahnhofsuhr ohne Stromanschluss. Der Landwirt Volkmar Raidt kämpft im Bürgerentscheid für den Erhalt der Äcker und der Kulturlandschaft.

CDU

Die **Christlichen Unionisten** haben es wirklich gut. Was die Verwaltung plant und vorschlägt, wissen diese Gemeinderäte fast immer schon Tage vorher. Normalerweise duzt man sich. Nur im Gemeinderat selbst bleibt es beim förmlichen Sie, weil die Presse dabei ist und die Zuhörer privates Ge-

kungle nicht mitbekommen sollen. Gemeinsam mit den Oberbürgermeistern singt man das Hohe Lied des digital gesteuerten Wachstums. Wenn der Bischof aber seinen Hirtenstab schwenkt, dann ist allerdings auch für die CDU Wachsamkeit geboten.

SPD

Sie singt gerne das tröstende *Wann wir schreiten* und mauschelt auf Augenhöhe mit der Verwaltungsspitze, was diese gerne gewährt. *Arbeitsplätze* sind immer ein Motto und auch die soziale Frage führen die *Rottenburger Funktionäre* gerne auf ihren Lippen. Einmal im Jahr, es ist jeweils der 1.

Mai, trifft man sich bei Wind und Wetter und schmettert die bekannte Hymne. Anschließend gibt es Ansprachen (es spricht der Vorsitzende) und eine zünftige Brotzeit ist arrangiert. An das Projekt *Stuttgart 21* klammern sich die Genossen schon allein aus Gründen der Arbeitsplätze, so soll es dann auch beim Gewerbegebiet *Galgenfeld* sein.

Grüne

Die *Naturbelassenen* sind seit gut 30 Jahren im Gemeinderat. Zunächst waren sie sehr lautstark und kämpften kompromisslos für Umwelt und Natur. Da sie sich inzwischen (ganz leise) aufs erträumte Mitregieren verständigt haben, sind sie geschmeidiger geworden und fassen den Oberbürgermeister in aller Regel mit Samthandschuhen an, ganz nach dem Motto: *Auge um Auge*. Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete können sie sich ein bisschen Rückbau der

Natur gut vorstellen. Es muss ja nicht viel sein. Zum Beispiel auch in *Kiebingen*. Nur ein kleines bisschen. Kaum bemerkbar. Fast gar nichts. Seit Jahren duzen sie sich mit der Verwaltungsspitze und schreiben deswegen so gut wie keine Leserbriefe in der *Rottenburger Post (RoPo)*. Man mag, tätschelt und schont sich während der gesamten Legislaturperiode. Allenfalls fordert die Kampftruppe begrünte Abstellzonen für Fahrräder, ein Mehr an öffentlichen Müllsammelstellen und neue Markierungen für Zebrastreifen.

DIE LINKE

Vorwärts und nicht vergessen ist zwar eine kleine Fraktion oder Liste. Sie mischt aber vernehmlich mit, wenn es um Kinder und Arbeitslose, Mütter und Erzieherinnen geht.

Regelmäßig warnt die schlanke Gruppierung vor den Aktionären auf den Malediven und den CumCum-Geschäften des Kapitals. Auf den Fahnen steht die Erhöhung der Gewerbe- und Reichensteuer. Und natürlich auch anderes.

WiR

Diese zunächst unscheinbar auftretende Partei hat ein Spezialgebiet: Es sind ihre massenhaften in die Lokalpresse eingeschleusten Leserbriefe, die auf ein neues Morgenrot in *Rottenburg* vorbereiten. Die knallharten Einlassungen verschonen dabei weder Freund noch Feind und sind gefürch-

tete Morgenlektüre der Verwaltungsspitze. Geballte Kritik an rollatorfeindlichen Pflastersteinen und lieblos deponierten Gelben Säcken sind ein Schwerpunkt der kommunalen Kampagnen. Neue Gewerbeansiedlung? Zum Teufel ja, und nicht zu knapp!

Meilenstein für Ergenzingen

Endlich mit dem VVS direkt nach Stuttgart und in die Region

Ab 01.01.2020 konnte Ergenzingen endlich in den VVS (Verkehrsverbund Stuttgart) aufgenommen werden. Seit über 20 Jahren verfolgt die BfE (Bürger für Ergenzingen) das Ziel in den Verkehrsverbund aufgenommen zu werden.

Das Vorhaben wurde jahrzehntelang verschleppt. Das Argument war immer, es sei viel zu teuer, was als Ausgleich von Tübingen und Rottenburg bezahlt werden müsse. Tatsächlich sind es jetzt jährlich 33.000 €.



Die Ergenzinger Bürger mussten Jahre lang mit dem Auto nach Bondorf bzw. nach Herrenberg fahren, um mit dem günstigen Ticket des VVS etwa nach Stuttgart zu kommen. Allein für die 3 km von Ergenzingen zum VVS-Anschluß in Bondorf waren das 2.30 € pro Fahrt mit der Bahn.

Erst dort konnte man ein Einzeltages Ticket für 13.20 € bzw. ein Gruppen-Ticket für bis zu 5 Personen für 19.70 € im

gesamten Netz bekommen. Endlich wird auch für uns der ÖPNV attraktiver.

Zu wünschen wäre, dass möglichst schnell die Fahrgastzah-



len am Bahnhof Ergenzingen steigen und aufgrund der Nachfrage eine Verbindung eingerichtet werden würden, die es uns erlaubt, jede Stunde umsteigefrei nach Stuttgart kommen können. Erst mit der Anbindung an den VVS behält die Gäubahn ihre Attraktivität für den gesamten ländlichen Raum.

Kurz und bündig

Rekordzulauf bei den Tafeln

In Deutschland sind 1,65 Millionen Menschen gezwungen, sich über die Lebensmittel von der Tafel zu ernähren. „Die Zahl der Rentner unter den Tafelkunden ist innerhalb eines Jahres um 20 Prozent auf 430.000 Personen angestiegen. Unter unseren Kunden sind auch 500.000 Kinder“, so der Vorsitzende des Bundesverbandes der Tafeln Jochen Brühl. Notwendig ist nicht nur eine armutsfeste Grundsicherung, sondern sind existenzsichernde Mindestlöhne von mindestens 12 Euro. Alles andere darunter führt in die Altersarmut.

Populismus

Bis kurz vor Weihnachten standen die Beratungen der grün-schwarzen Landesregierung mit den drei großen Kommunalverbänden (Gemeinde-, Städte- und Landkreistag) kurz vor dem Scheitern. Die Regierung wollte die Verbände erpressen, den drastischen Sozialkürzungen bei der Finanzierung des Bundesteilhabegesetzes für Behinderte (11 statt 150 Mio. Euro) und bei der Unterbringung geduldeter Flüchtlinge zuzustimmen. Damit scheiterte Grün-Schwarz kläglich. Als Linken-Stadtrat Peter dieses Verhalten bei den Rottenburger Haushaltsberatungen scharf kritisierte (siehe Haushaltsrede auf der Rottenburger Homepage), griff ihn Grünen-Sprecher Jörg Bischof als „Populisten“ an und lobte die Landesregierung, noch nie hätte eine Regierung so viel für die Kommunen getan. Man sieht: Populismus ist ein Kampfbegriff der Regierenden, um jegliche unliebsame Kritik zu denunzieren.

Kassenbons gegen Steuerhinterziehung

Ab 1. Januar haben alle Geschäfte die Pflicht, bei Einkauf einen Kassenbon an den Kunden zu geben. Geschmückt wird dieser Unsinn mit der Behauptung, damit die Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Unbestätigten Meldungen aus dem Berliner Kanzleramt zufolge soll damit endlich gegen die CUM-EX-Kriminellen vorgegangen werden, die wegen der Untätigkeit des Ex-Bundesfinanzministers Schäuble jahrelang Milliarden auf ein paar Südsee-Inseln scheffeln konnten. Mal sehen, ob sie die Kassenbons jetzt auch wieder einreichen wollen, um mehrfach nicht gezahlte Steuern zurückzuerhalten.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Von Duldern und Abgreifern

Das Windradgeld im Säckel klinget, das Windrad in den Himmel springt

Mit der Windenergie steht es nicht zum Besten. Ende dieses Jahres fallen viele Windräder aus der Förderung heraus und es fehlt an ihrer Akzeptanz.

Es ist nicht so, dass Windräder sich einfach so drehen und Geld aus der Luft saugen. Der Betrieb eines Windrades koste auch Geld: Pacht für den Stellplatz, die Wartung kostet Geld, Versicherungen wollen auch ihre Beiträge, Steuern müssen abgeführt werden ... Was dann schließlich erlöst wird, lohnt den ganzen Aufwand nicht.

Man muss den Windrädern helfen

Und da gibt es dann auch noch Windradgegner, die den Windrädern den Todesstoß geben wollen. Ich sammle munter Argumente: Windräder sind laut, zu hoch, töten alles, was da fliegt, verschandeln die Landschaft, machen Kopfschmerzen und überhaupt stehen sie viel zu nahe an den Häusern geplagter Bürger. Ihre Entsorgung ist kompliziert. Vor allem ihre Rotorblätter sind aus solchen Verbundstoffs-Substanzen, die nicht leicht zu trennen sind und nur irgendwie verfeuert werden können oder zur Endlagerung in die Dritte Welt verfrachtet werden.

Glauben Sie bitte jetzt aber nicht, dass ich etwas gegen Windräder habe. Ich habe Ihnen nur die Gegenargumente der Windradgegner aufgezählt. Ich bin da ganz anders.

Eigentlich liebe ich Windräder. Wenn sie sich so majestätisch vor blauem Himmel und weißen Wolken gravitativ drehen und sauberen Strom produzieren, bin ich stolz auf die Windräder. Anmutig schlank strecken sie sich vor dem vom Sonnenuntergang gerötetem Horizont nach oben. Einfach schön.

Aber jetzt muss ich ihnen von meinem Problem erzählen:

Meine Liebe zu den Windrädern bringt mir nichts. Wäre ich einer, der Windräder ablehnt, sie gar hasst, dann könnte ich behaupten, dass ich mich durch eine kleine Geldgabe schon umstimmen lassen könnte, mich mit Windrädern abzufinden. Ich bekäme etwas Schmerzensgeld, obwohl mich gar nichts schmerzt. Ich würde zum Dulder

von Windrädern. Das ganze heißt dann natürlich nicht einfach Schmerzensgeld sondern „Windbürgergeld“. Bitte denken Sie nicht schlecht von meinem Charakter und „Windbürgergeld“ hat nichts mit windigen Bürgern zu tun

und auch von Duldungsprofiteuren zu sprechen halte ich für nicht angebracht.

Ach übrigens: Da gibt es doch tatsächlich Ignoranten, die von der Verspargelung der Landschaft sprechen und deshalb gegen Windräder sind. Ich finde, dass man so von einem der köstlichsten Gemüse nicht sprechen darf. Es ist einfach beleidigend und

lässt jegliche Gemüsewürde missen.

Meine Idee scheint auch andere Mitbürger zu überzeugen. Überall schießen Bürgerinitiativen gegen Windräder wie Spargel - pardon! - aus dem Boden. Sogar Windradattrappen werden bereits angeboten um Windbürgergeld abzugreifen.

Norbert Kern, Wendelsheim



Termine:

Info-Stand **DIE LINKE** Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, **11. Januar 2020**, 10.00 - 12.00 Uhr

Dienstag, **21. Januar 2020** - Neujahrsempfang der Tübinger **LINKEN** (s. Anzeige im Innenteil)

Kommunalpolitischer Arbeitskreis **DIE LINKE** Rottenburg

Mittwoch, **22. Januar 2020**, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Donnerstag, 23. Januar 2020, 19.30 Uhr - Lesung von **Christian Hörburger** im Atelier Fenn, Hinter dem Löwen 6, aus seinem Buch „Rottenburg“ (s. Besprechung im Innenteil)

Info-Stand **DIE LINKE** Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, **29. Februar 2020**, 10.00 - 12.00 Uhr

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe: **Samstag 22. Februar 2020**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

